

Christentum nicht missbrauchen

Vielgestaltigkeit und die europäische Freiheitsidee gehören genauso zur Identität Europas wie das Christentum und die Rechtsstaatlichkeit. Der staatlichen Macht sind damit Grenzen gezogen. Der Staat hat Recht und Freiheit zu schützen, nicht aber bestimmte Glücks- oder Wohlfahrtsvorstellungen per Gesetz – also per Zwang – durchzusetzen. Ein Missbrauch des Christentums für politische Zwecke zerstört nicht nur das Christentum sondern auch die Identität Europas. Diese Grundsätze strich Norbert F. Tofall in seinem Einleitungsstatement beim Panel „Identität Europas“ beim Paneuropa-Jubiläumskongress hervor. Der Kurzvortrag wird hier dokumentiert.

Von Norbert F. Tofall



Norbert F. Tofall: „Die Sucht, staatlichen Zwang immer und überall und zur Durchsetzung fast jeden beliebigen Zwecks anzuwenden, hat Ausmaße angenommen, die Recht und Freiheit in Europa ernsthaft gefährden.“

Lieber Karl von Habsburg, meine Damen, meine Herren, schon im Altertum bezeichnete der Geschichtsschreiber Strabo in seiner 17bändigen „Geographie“ Europa als vielgestaltig. Und spätestens seit Karl dem Großen ringt Europa mit der Einheit in der Vielfalt.

Aus diesem Ringen und aus dieser Vielfalt, die heute auch die modernen Gesellschaften Europas prägen, ist die europäische Freiheitsidee erwachsen.

Außerhalb Europas neigt die Staaten- und Gesellschaftsbildung zur Despotie. Infolge der Verbindung von weltlicher und religiöser Gewalt und infolge der Unterwerfung aller gesellschaftlichen Teilbereiche wie Wirtschaft, Religion und Bildung unter den Primat der Politik und des Staates konnte sich keine gesellschaftliche Gewaltenteilung entwickeln, die wirksam genug war, dem Staat Grenzen zu setzen und Despotie zu verhindern. In Europa

und nachfolgend in der gesamten westlichen Kultur sind hingegen alle Versuche gescheitert, Despotie dauerhaft zu errichten.

Zur Identität Europas gehören deshalb die Vielgestaltigkeit und die europäische Freiheitsidee, die aus dieser Vielgestaltigkeit hervorgegangen ist.

FÜNF PFEILER TRAGEN DAS EUROPÄISCHE HAUS

Die Vielgestaltigkeit Europas hat fünf Pfeiler hervorgebracht, die das Europäische Haus tragen:

1. die Ablehnung der Allein- und Fremdherrschaft,
2. die Begrenzung und Kontrolle staatlicher Macht (also die politische Gewaltenteilung),
3. die gesellschaftliche Gewaltenteilung zwischen Staat, Wirtschaft, Religion, Bildung usw., die man auch als gesellschaftliche Arbeitsteilung bezeichnet; die Soziologen reden etwas hochgestochen von der „funktionalen Ausdifferenzierung“ der modernen Gesellschaft,

4. die Idee der individuellen Freiheit und
5. die Herrschaft des Rechts.

Individuelle Freiheit heißt, dass alle Menschen unabhängig von der nötigen Willkür durch andere Menschen frei leben können. Und die individuelle Freiheit für alle Bürger eines Gemeinwesens kann nur durch die Herrschaft des Gesetzes (rule of law) geschützt werden. Durch allgemeine und abstrakte Regeln soll sichergestellt werden, dass jeder Mensch – sei er Arbeiter oder Unternehmer, adliger, bürgerlicher oder proletarischer Herkunft, reich oder arm – frei leben kann.

Der Staat darf keine Glücks- und Wohlfahrtsvorstellungen per Gesetz – und das heißt per Zwang – durchsetzen oder fördern. Der



sondern 2007 im ersten Band seines Jesus-Buches sogar das sogenannte christliche Kaisertum kritisiert, ich zitiere direkt:

„Aber kehren wir zurück zur Versuchung. Ihr wahrer Gehalt wird sichtbar, wenn wir sehen, wie sie die Geschichte hindurch immer neue Gestalt annimmt. Das christliche Kaisertum versuchte alsbald, den Glauben zum politischen Faktor der Reichseinheit zu machen. Das Reich Christi soll nun doch die Gestalt eines politischen Reiches und seines Glanzes erhalten. Der Ohnmacht des Glaubens, der irdischen Ohnmacht Jesu Christi soll durch politische und militärische Macht aufgeholfen werden. In allen Jahrhunderten ist in vielfältigen Formen diese Versuchung immer neu aufgestanden, den Glauben durch Macht sicherzustellen, und immer wieder drohte er gerade in den Umarmungen der Macht erstickt zu werden. Der Kampf um die Freiheit der Kirche, der Kampf darum, dass Jesu Reich mit keinem politischen Gebilde identisch sein kann, muss

Staat hat lediglich dafür zu sorgen, dass die Glücks- und Wohlfahrtsvorstellungen der Menschen nebeneinander bestehen können. Glücks- und Wohlfahrtsvorstellungen sind ausschließlich individuelle Lebensführungsprogramme. Kein Mensch, keine Gruppe, keine noch so demokratisch gewählte Mehrheit und auch kein Staat haben deshalb das Recht, Menschen zu zwingen, auf eine bestimmte Art und Weise glücklich zu sein.

Zur individuellen Freiheit gehört natürlich auch, dass Menschen das Recht haben, unabhängig von der Willkür anderer Menschen die eigene Religionszugehörigkeit zu wählen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Papst Benedikt XVI. Zeit seines Lebens nicht nur die Religionsfreiheit verteidigte,

„Der christliche Glaube darf nach Ansicht von Papst Benedikt XVI. deshalb nicht durch Zwang und Gewalt durchgesetzt werden, sondern muss vom einzelnen Menschen in freier Entscheidung angenommen und gelebt werden.“



alle Jahrhunderte geführt werden. Denn der Preis der Verschmelzung von Glauben und politischer Macht besteht zuletzt immer darin, dass der Glaube in den Dienst der Macht tritt und sich ihren Maßstäben beugen muß“ (S. 68 – 69).

Der christliche Glaube darf nach Ansicht von Papst Benedikt XVI. deshalb nicht durch Zwang und Gewalt durchgesetzt werden, sondern muss vom einzelnen Menschen in freier Entscheidung angenommen und gelebt werden.

Während Johannes Paul II. und Benedikt XVI.

- den Glauben gerade nicht durch politische und staatliche Macht fördern wollten,
- sich der staatlichen Macht sogar unbequem entgegenstellten,
- aus diesem Grund die sogenannte Theologie der Befreiung verurteilten
- und sie sich gerade dadurch als Päpste der Moderne erweisen, fallen unsere westlichen und europäischen Gesellschaften vielfach in die Vormoderne zurück.

GEGEN DIE VERSUCHUNG ZUM ZWANG

Die sich zur Sucht steigernde Versuchung, anderen Menschen mittels staatlichem Zwang auf einen bestimmten Lebensstil zu verpflichten, die Versuchung, anderen Menschen vorzuschreiben, was sie zu denken haben oder was sie öffentlich äußern dürfen, die Versuchung, freie öffentliche Diskussionen zu verhindern, die heutige Sucht, Menschen mittels staatlichem Zwang vorzuschreiben, wie sie zu wirtschaften haben und welche ökologischen und ethischen Standards sie dabei berücksichtigen müssen, sind allgegenwärtig und übermächtig. Die Sucht, staatlichen Zwang immer und überall und zur Durchsetzung fast jeden beliebigen Zwecks anzuwenden, hat Ausmaße angenommen, die Recht und Freiheit in Europa ernsthaft gefährden.

Und – meine Damen, meine Herren – diese Gefährdungen gehen nicht nur von jenen linken Kulturkämpfern aus, die schon immer „Ei-

gentum, Familie und Religion“ bekämpft haben, sondern auch von nicht wenigen angeblichen Verteidigern des christlichen Abendlandes. Und damit meine ich nicht nur die Pegida-Bewegung, die im entchristlichten Sachsen das christliche Abendland retten will. Ich meine da auch noch ganz andere:

POLITISCHER MISSBRAUCH DES CHRISTENTUMS

Denn gemessen an den zitierten Worten von Papst Benedikt XVI. muss das – was Jarosław Kaczyński und seine PIS in Polen – und das – was Viktor Orban in Ungarn – unter der Fahne der Verteidigung des christlichen Abendlandes betreiben, als Missbrauch des Christentums bezeichnet werden. Als Missbrauch des Christentums zum Zwecke des Nationalismus und nationalen Egoismus. Einen Missbrauch des Christentums, der oftmals auch zum Zwecke des eigenen politischen Machterhalts betrieben wird.

Ich zitiere nochmal Papst Benedikt XVI. direkt:

„In allen Jahrhunderten ist in vielfältigen Formen diese Versuchung immer neu aufgestanden, den Glauben durch Macht sicherzustellen, und immer wieder drohte er gerade in den Umarmungen der Macht erstickt zu werden. Der Kampf um die Freiheit der Kirche, der Kampf darum, dass Jesu Reich mit keinem politischen Gebilde identisch sein kann, muss alle Jahrhunderte geführt werden. Denn der Preis der Verschmelzung von Glauben und politischer Macht besteht zuletzt immer darin, dass der Glaube in den Dienst der Macht tritt und sich ihren Maßstäben beugen muß.“

ENTWELTLICHUNG DES CHRISTENTUMS

Meine Damen, meine Herren, das Christentum gehört ganz ohne Zweifel zur Identität Europas. Und für mich als ein im erzkatholischen Paderborn geborenen und aufgewachsenen Europäer ist das Christentum nicht von der Vielgestaltigkeit Europas und von der europäischen Freiheitsidee zu trennen. Aber gerade weil das Christentum



„Individuelle Freiheit heißt, dass alle Menschen unabhängig von der nötigen Willkür durch andere Menschen frei leben können. Und die individuelle Freiheit für alle Bürger eines Gemeinwesens kann nur durch die Herrschaft des Gesetzes (rule of law) geschützt werden. Durch allgemeine und abstrakte Regeln soll sichergestellt werden, dass jeder Mensch – sei er Arbeiter oder Unternehmer, adliger, bürgerlicher oder proletarischer Herkunft, reich oder arm – frei leben kann.“

zur Identität Europas gehört und nicht von der Vielgestaltigkeit Europas und der europäischen Freiheitsidee getrennt werden kann, darf das Christentum nicht politisch missbraucht werden. Der Missbrauch des Christentums für identitätspolitische Zwecke – sei es von



Rechts oder sei es von Links – rettet weder das Christentum noch wird Europa dadurch gerettet.

Benedikt XVI. hat in seiner Freiburger Rede vom September 2011 die Entweltlichung der Kirche gefordert. Die Instrumentalisierung des Christentums für politische Zwecke und für Nationalismus und nationalen Egoismus ist jedoch das genaue Gegenteil.

Und die Instrumentalisierung des Christentums für politische Zwecke zerstört nicht nur das Christentum. Die Instrumentalisierung des Christentums wird auch die Identität Europas zerstören. ■

Politikerhaftung

Von Rainhard Kloucek



Österreich wird – wieder einmal – die Klimaziele verfehlen. Das Prozedere ist altbekannt und wiederholt sich ständig. In großen Konferenzen kommen Politiker zusammen, und beschließen Klimaziele. Da will sich natürlich keiner lumpen lassen, und so wird der Ehrgeiz angespornt, möglichst hohe Ziele erreichen zu wollen. Die Realisierbarkeit wird da gerne übersehen. Es geht ja nicht darum, was geht, was möglich ist, sondern was man erreichen will, um die Welt (wieder einmal) zu retten.

Österreichische Minister und Ministerinnen sind bei diesem Spiel besonders ehrgeizig. Stolz verkünden sie dann dem werten Publikum, dass man Vorreiter in der Klimaschutzpolitik sein werde, der Rest der Welt möge sich ein Beispiel nehmen. Das Publikum freut sich, schließlich zeigen auch die Umfragen, dass Klimaschutz ganz oben auf der Agenda steht.

Das böse Erwachen kommt dann, wenn es um die Überprüfung der gesteckten Ziele geht. Da schaut es ganz schlecht

Wenn Politiker unerreichbare Ziele vereinbaren, dann sollten sie bei Nichterreichen der Ziele auch für die Strafzahlungen persönlich haften.

aus, weil die zu hoch gesteckten Ziele nicht erreicht werden können. Regelmäßig werden für die Alpenrepublik also hohe Strafzahlungen fällig.

Aber das ist den Politikern völlig egal. Schuld sind ihrer Meinung erstens nicht sie, sondern das Publikum, das seine Gewohnheiten nicht schnell genug ändert, und zweitens haften sie für ihre Fehlleistungen nicht persönlich. Für die Strafzahlungen muss nämlich der Steuerzahler aufkommen. Der würde ja auch im eigenen Leben für verfehlte Zielsetzungen haften, also möge er es bitte auch für die Politiker tun, die so gerne Vorreiter sein wollen.

Das Problem dabei ist die fehlende Politikerhaftung. Egal was Politiker beschließen, die Folgekosten muss die Allgemeinheit tragen. Eine Haftung, wie sie im täglichen Geschäftsleben gegeben ist, greift für die Politik nicht. Dafür sorgen die Politiker schon selbst. Solange sie aber ohne Folgen befürchten zu müssen, unerreichbare Ziele versprechen können, werden sie dem Steuerzahler weiter auf der Nase herumtanzen. Verantwortungslos.